Preis der Einzelnummer 10 Mark.

Neue Lodzer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint täglich früh. An Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends. Bezugspreis: monatlich 240 Mk. mit Zustellung, wöchentlich 60 Mk. Per Post bezogen 240 Mk. monatlich. Vertretungen: Alexandrow Salin, Danzig: Danziger Anzeigenbüro, Reitbahn 8. Konstantynow: Schöler. Pabianice: E. Keil, Zdunska-Wola: H. Wolff, Zgierz: Lach, Kiosk. — Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückerstattet. —

Redaktion und Geschäftsstelle Petrikauer-Straße Nr. 15. Telephon Nr. 283.

Inseratekosten: 8-gespaltene Nonpareillzeile oder deren Raum 15 Mk. Ausland 1 Mk. 50 Pf. deutsche Währung. Reklam. u. Inserate im Text od. auf der 1. Seite (dop. so breit) 60 Mk. Ausland 6 Mk. (deutsche) Raum der Nonpareillzeile. Eingel. 70 Mk. p. Korpuszeile. Bei Kunstsatz, Schrägsatz u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Möglichkeit gut plaziert, es können aber besondere Platzanweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen. — Inseratenannahme durch alle Annoncen-Büros. —

Nr. 163. Freitag, den 17. Juni 1921. 20. Jahrgang.

Aus Oberschlesien.

Eine Erklärung des Zwölfer-Ausschusses.

Berlin, 15. Juni. Aus Breslau wird berichtet, daß die Mitglieder des sog. Zwölfer-Ausschusses gestern eine Beratung mit dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission General Lerond abhielten und ihm erklärten, daß die Forderung der interalliierten Kommission betreffend die Räumung des St. Annaberges durch die Abteilungen des Generals Höfer nicht erfüllt werden könne, weil diese Position eine große strategische Bedeutung besitze.

Die Entwaffnung in Oberschlesien aufgehalten.

Berlin, 15. Juni. Die heutigen Blätter berichten aus Oppeln, daß die interalliierte Plebiszit-Kommission in Oberschlesien beschlossen hat, die Aktion der Entwaffnung beider kämpfenden Parteien aufzuhalten, und zwar aus diesem Grunde, daß der deutsche Selbstschutz sich weigere, die von ihm besetzten Stellungen zu verlassen. Diese Nachricht entspricht, wie aus den der interalliierten Kommission nahestehenden Kreisen berichtet wird, den Tatsachen. Den französischen militärischen Kreisen gelang es, die Mitglieder der interalliierten Kommission von der Notwendigkeit der Entwaffnung der Aufständischen mit der gleichzeitigen Zurückziehung des Selbstschutzes zu überzeugen.

Eine Drohung der Koalition?

Sosnowice, 15. Juni. Der „Kur. Warsz." berichtet: Die Koalition erließ an die Deutschen die Warnung, daß falls sie die Waffen nicht strecken sollten, die Koalitionstruppen sich mit den Aufständischen vereinigen würden. Diese Drohung machte auf die Deutschen großen Eindruck, sie sollen nun entschlossen sein, ihre Kriegsoperationen zu liquidieren. Zwischen den deutschen Abteilungen und den Aufständischen besteht jetzt keine Fühlung.

Die Armee des Gen. Höfer.

Beuthen, 15. Juni. Nach den letzten Nachrichten zählt die Armee des Gen. Höfer in Oberschlesien 61,000 Soldaten, ferner 104 Feldgeschütze, 16 schwere Geschütze, 11 schwere Maschinengewehre, 28 Minenwerfer, 16 Panzerzüge und etwa 1000 Maschinengewehre.

Deutsche Note an die Entente.

Danzig, 16. Juni. (Pat.) „Danz. Ztg." berichtet aus Berlin: In der von der deutschen Regierung an die Vertreter der Entente in Paris und Rom gerichteten Note wird u. a. gesagt: Die deutsche Regierung erhebt gegen die abermaligen Versuche der gleichmäßigen Behandlung des deutschen Selbstschutzes und der polnischen Aufständischen den den schärfsten Protest. Die deutsche Regierung unterstreicht, daß der Wunsch des Vorsitzenden der interalliierten Kommission, die Aufständischen nicht mit Gewalt sondern auf dem Wege der Verhandlungen zum Zurückziehen zu zwingen, die Ruhe in Oberschlesien nicht herstellen wird. Der Erfolg kann nur in dem Falle erzielt werden, wenn die interalliierte Kommission mit aller Energie zur Säuberung des Landes von den polnischen Aufständischen schreiten wird. Wenn dies nicht geschieht, so fällt die Verantwortung auf die interalliierte Kommission und ihren Vorsitzenden. Auf Grund des Versailler Friedensvertrages ist die interalliierte Kommission verpflichtet, die Ruhe mit Hilfe ihrer Truppen in Oberschlesien aufrecht zu erhalten. Zum Schluß fordert die deutsche Regierung mit Nachdruck, daß die deutsche Bevölkerung von der Herrschaft der polnischen Aufständischen über sie befreit wird.

Die Aktion der französischen Regierung.

Paris, 16. Juni. (Pat.) Havas. Die französische Regierung beauftragte ihren Vertreter in Berlin, beim deutschen Amt energische Vorstellungen in Sachen Oberschlesiens zu machen.

* * *

London, 16. Juni. (Pat.) „Manch. Guardian" faßt die oberschlesische Frage äußerst pessimistisch auf und betont, daß sie heute viel schwerer zu entscheiden sei, als vor einigen Wochen. Es dürfe nicht vergessen werden, daß jedes Gericht zum Nachteil eines Teiles ausfallen müßte, daß dieser Teil zur Zeit nicht nur bewaffnet, sondern auch entschlossen sei, selbst gegen die ganze Welt bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.

Der Krieg im nahen Osten.

Paris, 16. Juni. (Pat.) Am 14. Juni begab sich der englische Kommissar in Konstantinopel nach Smyrna, wo er eine längere Konferenz mit König Konstantin hatte. „Stamb." berichtet, daß der Kommissar auf Grund einer aus London erhaltenen Direktive dem König die Einstellung der Kriegsoperationen bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse der

Zur Kabinettskrisis.

Warschau, 16. Juni. (Pat.) Die Vertreter des Klubs für konstitutionelle Arbeit und des bürgerlichen Klubs, die Abg. Federowicz, Baworowski und Rossel unterbreiteten dem Ministerpräsidenten Witos folgende von beiden Klubs gefaßte Resolution: 1) Die bürgerliche Vereinigung und der Klub der konstitutionellen Arbeit erklären, an keiner auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung gerichteten Aktion teilzunehmen, da der Ernst der Stunde nach Möglichkeit Regierungskrisen zu vermeiden gebietet. 2) Die bürgerliche Vereinigung und der Klub der konstitutionellen Arbeit sind bereit auch weiterhin das gegenwärtige Kabinett zu unterstützen, sobald es nach der notwendigen Ergänzung eine starke und verständige Regierung sein werde, die mit der politischen und finanziellen Wirklichkeit rechnet und besonders die ganze Tragweite der Regelung des mit der Existenz und der Entwickelung der Republik so eng verbundenen staatlichen Finanzwesens berücksichtigen werde. 3) Beide Klubs äußern die Hoffnung, daß der Ministerpräsident eine solche Ergänzung des Kabinetts vornehmen werde, die ihm gestatten werde, seine Regierung auf eine Mehrheit zu stützen, die als Grundlage für eine dauernde und starke Politik geeignet wäre. Ministerpräsident Witos erwiderte, nachdem er diese Resolution zur Kenntnis genommen hatte, er werde nach diesen Grundsätzen zur Ergänzung des Kabinetts schreiten.

augenblicklich zwischen den Vertretern Englands und Frankreichs mit der Angoraregierung geführten Unterhandlungen empfohlen habe.

Sowjetrußland Seite an Seite mit Angora gegen die Koalition.

Rom, 16. Juni. (Pat.) **Laut Blättermeldungen sind die Sowjettruppen in Anatolien eingerückt, aufgefordert durch die Regierung von Angora, um gegebenen Falles am Kampfe mit den feindlichen Truppen teilzunehmen. In der Frage Konstantinopels teilt Sowjetrußland angeblich den türkischen Standpunkt, der dahin geht, daß die Vertreter der Koalition aus der Meerenge entfernt werden müssen. Die russischen und türkischen Truppen bewegen sich auf Smyrna zu. Laut Nachrichten aus Konstantinopel ist die Regierung Angoras angeblich ebenso entschlossen, die der Koalition gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht einzuhalten. Alle italienischen Blätter stellen die Frage, welche Stellung die Alliierten diesen Ereignissen gegenüber einnehmen werden.**

Konstantinopel, 16. Juni. (Pat.) Der Großvezier machte telegraphisch Kemal Pascha auf die eventuellen Folgen einer Politik aufmerksam, die sich gegen die Alliierten richtet, wie sie die Regierung von Angora jetzt verfolgt. Er rät für die Zukunft mehr Mäßigung zu üben und zur Achtung vor den Verträgen, die durch Bekier Sama Bej geschlossen wurden.

Auf der letzten Parlamentsversammlung in Konstantinopel wurde eine Anfrage über die Aenderung der Politik Englands gegenüber Angora gestellt. Es kam zu hitzigen Auseinandersetzungen.

Aus Rußland.

Lenin über die Rückkehr zum Kapitalismus.

Riga, 16. Juni. (Pp.) Am 12. Juni hielt Lenin beim Empfang vom Delegierten der dritten Konferenz der Internationale eine kurze Ansprache, in der er u. a. erklärte, die Wirklichkeit zeige, daß der Zeitpunkt für eine kommunistische Weltrevolution noch nicht gekommen sei. Westeuropa sei zur Zeit weniger als früher empfänglich für die kommunistischen Ideen, und zwar deshalb, weil das frühere Arbeiterproletariat und die Bauernschaft heute, Dank der hohen Arbeitslöhne und der wahnsinnigen Preise für Artikel der ländlichen Produktion, sich in eine Klasse der Kleinbesitzer umgestalte.

England und Rußland.

London, 16. Juni. (Pat.) Im Unterhause erklärte der Sekretär für auswärtige Fragen, die englische Regierung werde in nächster Zeit eine offizielle Delegation nach Rußland entsenden, um am Orte zu prüfen, ob eine Anknüpfung von Handelsbeziehungen zwischen Rußland und England möglich sei. „Times" meldet, daß ein Warenaustausch erst dann möglich wäre, wenn der Kohlenpreis gefallen sein werde.

Unter den Sowjetdiplomaten.

Helsingfors, 16. Juni. (Polpreß.) Dank den Einflüssen Lenins verbleibt Tschitscherin auf dem Posten eines Kommissars für auswärtige Fragen. Es ist dies eine große Schlappe für die Partei Trotzkis, die an die Stelle Tschitscherins den radikaleren Litwinow setzen wollte. Litwinow soll, als Kompensation für Trotzki zum Gesandten in Warschau ernannt werden.

Der erneute Markschwund.

Von unserem Berliner K. Mitarbeiter.

Die kurzen Flitterwochen, welche die Mark nach der Beilegung des letzten Reparations-Ultimatums-Konfliktes zu verzeichnen hatte, sind schnell einem erneuten Abstieg gewichen, und wenn dieser so weiter geht, besteht die Gefahr, daß unsere Valuta sich dem Tiefstand nähert, den sie Mitte Februar 1920 erreicht hatte, wo sie auf 4 Prozent ihres Zählwertes gesunken war, um im Mai 1920 wieder bis auf 12% zu steigen und am Jahresende auf etwa 8% zurückzugehen, während sie jetzt bereits auf $5\frac{1}{2}$% ihres Wertes gesunken ist.

Da die Papiermark der Eigenschaft eines Wertmessers entbehrt, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Valuta nach dem Dollar zu berechnen, der ja heute, nachdem auch das Pfund längst abgedankt hat, die Herrschaft behauptet. Da muß man sich nun vor Augen halten, daß Ende Januar d. J. infolge der 226 Milliardenforderungen der Dollarkurs von 56 auf 67 Mark hinauf schnellte und dann den Höchststand von über 75 Mark erreichte. Es folgte ein langsames Abflauen, und im Mai ging er bis auf 56 zurück. In den letzten Wochen und Tagen aber hat er immer stärker angezogen, um am 13. d. Mts. auf über 70 anzuziehen. An der Berliner Börse wurde er zeitweise bereits auf über 71 notiert.

Dies erneute Sinken der Mark, das in dem Steigen des Dollars zum Ausdruck kommt, ist zweifellos eine höchst bedenkliche Erscheinung, und wenn auch spekulative Momente (Ankäufe von Devisen) mitwirken, so handelt es sich hier doch im wesentlichen um eine auf der Wirtschaftsentwicklung beruhende Erscheinung. Die Durchführung der ersten an die Entente zu zahlende Rate auf die zunächst zu entrichtende eine Milliarde Goldmark hat die deutsche Regierung zu erheblichen Dollarkäufen gezwungen, die natürlich stark auf den Markkurs gedrückt haben. Dazu kommt, daß der internationale Markt sich auf die dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationszahlungen einstellt und die Mark dementsprechend geringer bewertet.

Aber — das ist ein Trost, wenn auch freilich ein elender — es ist nicht nur die Mark, die unter dem Prävalieren des Dollars leidet, sondern auch das Pfund, der Franc, die Lire und die neutralen Währungen stehen unter dem gleichen Druck, wenn dieser hier auch nicht ganz so stark ist. Es tritt darin eben der ungeheure, wachsende Goldabfluß nach Amerika in die Erscheinung, der allgemach zu einer Ausplünderung Europas führen muß. Zweifellos leidet auch die Wirtschaft der Union selbst sehr unter dieser Entwertung der europäischen Valuta, die bereits zu einer Lähmung des Handelsverkehrs mit dem Auslande geführt hat. Weit schlimmer aber ist natürlich die Wirkung in Europa selbst, unter der zwar Deutschland am stärksten, aber auch die anderen Länder erheblich leiden.

Eine besonders bemerkenswerte Erscheinung ist hierbei, daß die deutsche Mark und der französische Franc nahezu in gleichem Maße gefallen und gestiegen sind. Als die Pariser Forderungen auf die Mark drückten, sank gleichzeitig der Franc, und als nach der Annahme des Ultimatums die Mark sich wieder hob, stieg auch der Franc. So hatte die Mark am 18 Mai in der Union wieder den günstigen Stand von 1,68 und der Franc von 8,60 erreicht, am 11. Juni war die Mark auf 1,42, der Franc auf 7,92 gesunken. Eine für Frankreich sehr lehrreiche, aber selbstverständliche Erscheinung, denn da Frankreich seine wirtschaftliche Wiederherstellung von deutschen Leistungen, also auch von deutschem Gelde erwartet, beruht der Kredit Frankreichs in letzter Linie auf dem Deutschlands. Es ist anzunehmen, daß der deutsche Wiederaufbauminister Dr. Rathenau sich bei seinen Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucher in Wiesbaden bemüht hat, diesem jenen Zusammenhang klar zu machen, ihm darzutun, daß für Mark und Franc das „mitgefangen mitgehangen" gilt.

Für uns aber sind mit dem Sinken der Mark, wenn dieses weiter andauern sollte, alle die Gefahren der wirtschaftlichen Verkümmerung, des vielbeklagten „Ausverkaufs" verknüpft, in deren Zeichen die deutsche Wirtschaft schon allzulange stand. Diese Gefahr ist, wie gezeigt, zugleich die Gefahr unserer Gläubiger, zugleich die Gefahr Europas. Nicht nur, weil im Auslande mehr als 25 Milliarden deutscher Reichsmarken umlaufen und die fremdländischen Guthaben bei unseren Banken über 30 Milliarden betragen, sondern vor allem auch, weil unsere Reparationsleistungen doch letzten Endes in Papiermark zu verrechnen sind. Für uns gilt es, um dieser Gefahr zu begegnen, unsere Wirtschaft mehr als sicher auf die Reparation einzustellen, unsere Handelsbilanz nach Möglichkeit durch Einschränkung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr günstiger zu gestalten. Unsere Gläubiger aber werden daraus entnehmen müssen, daß ihnen mit den Reparationszahlungen auf dem Papier nicht gedient ist, wenn sie durch das uns aufgezwungene Uebermaß von Reparationszahlungen weiter die deutsche Wirtschaft lähmen und die Papiermark im Kurse herabdrücken. Das ist der Sinn der beherzigenswerten Mahnung Churchills, der den Franzosen — bisher anscheinend vergeblich — klar zu machen versuchte, daß die französische Wirtschaft mit der deutschen auf Gedeihen und Verderben verbunden ist. Wird die ernste Warnung, die in dem erneuten Sinken der Mark liegt, an der Seine und an der Themse die gebührende Beachtung finden?

Amerika und der Versailler Traktat.

London, 15. Juni. (Pat.) Der Korrespondent der „Times" aus Washington berichtet: Die Vereinigten Staaten sind bereit, den Versailler Traktat zu ratifizieren, jedoch mit einer Reihe von Vorbehalten. Die amerikanische Regierung wünscht in enge Verständigung mit England zu treten, obwohl sie jetzt noch nicht daran denkt, dieser Verständigung den Charakter eines Bündnisses zu geben. Einer der wichtigsten Punkte dieser Verständigung soll die Regulierung der Flottenfrage sein. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen ihre Seestreitkräfte auf den Stillen Ozean zu konzentrieren, den Atlantischen dagegen in der Sphäre englischer Einflüsse zu belassen. Der amerikanische Plan sieht die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses nicht vor.

* * *

Vom Wilson.

Rom, 16. Juni. (Pat.) Radio. Aus Washington wird berichtet, daß Wilson den Wunsch geäußert hat, zum politischen Leben zurückzukehren.

Neue Unruhen in Irland.

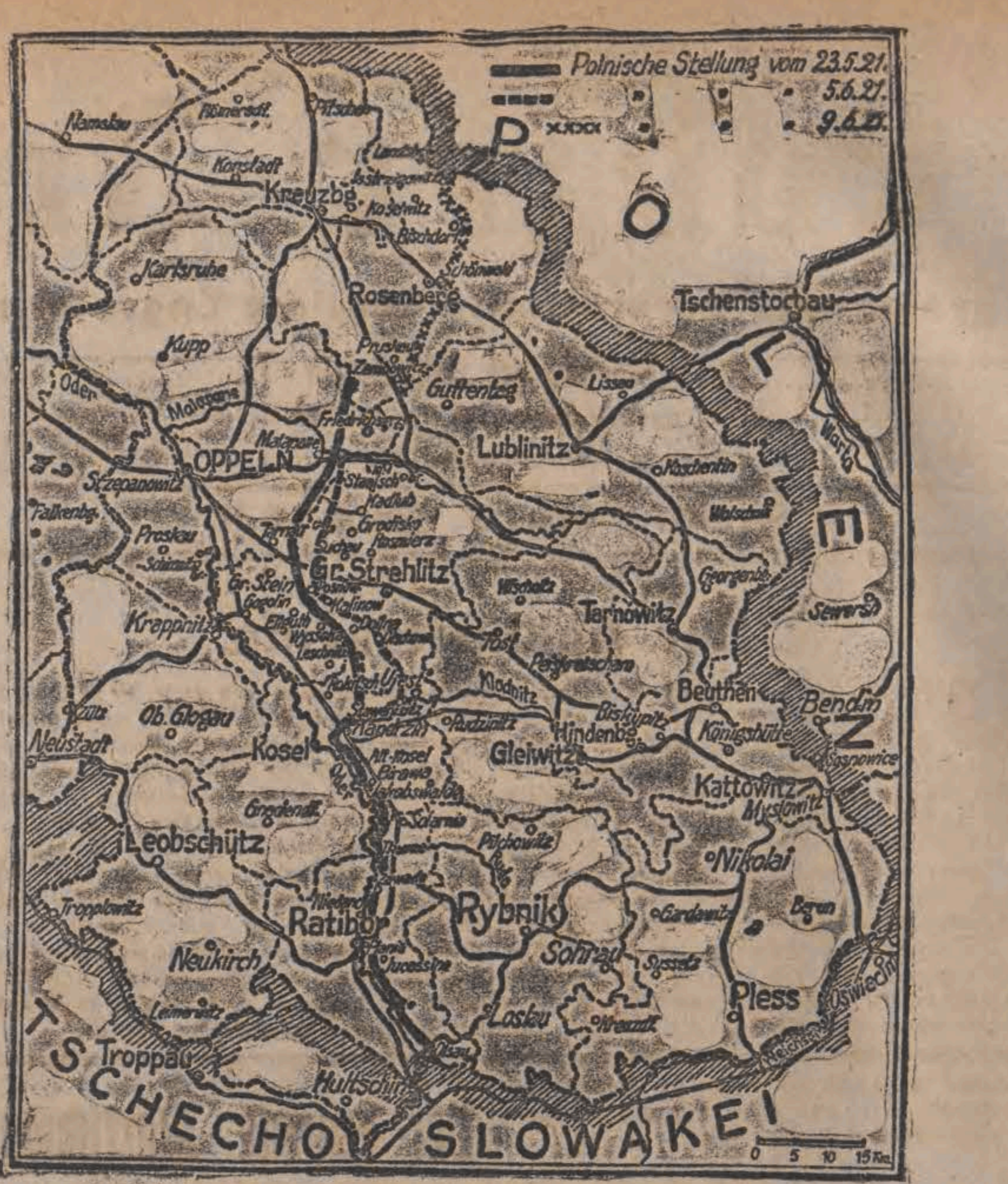
Paris, 16. Juni. (Pat) **Dem „Matin" wird aus London gemeldet, daß die seit dem 10. Juni in Belfast andauernden Unruhen einen schärferen Charakter annehmen. In den Straßen der Stadt sind Barrikaden errichtet worden. Auf den Dächern der Häuser haben die Sinnfeiner bewaffnete Posten untergebracht. Die Hospitäler sind mit Verwundeten überfüllt.**

Washington, 16. Juni. (Pat.) Die Zollbehörden konfiszierten an Bord eines nach Irland fahrenden Schiffes Munition und 800 Maschinengewehre neuen Typs.

Lohnreduzierung in England.

London, 16. Juni. (Pat.) Wie die „Daily Mail" erfährt, haben die Delegierten der Textilfabrikanten und der Textilarbeiter einen Vertrag geschlossen, nach dem die Arbeitslöhne um 22 Proz. herabgesetzt werden. Die Arbeit wird in den Fabriken sofort wieder aufgenommen.

London, 16. Juni. (Pat.) Wie „Daily Chron." meldet, haben sich die Bergleute, laut Nachrichten, die bis zum letzten Augenblick über die Ergebnisse des Referendums eintrefen in der Mehrzahl für die Ablehnung des Regierungsvorschlages ausgesprochen.



Karte zur Situation in Oberschlesien.

Zu den Ostrowoer Ausschreitungen

schreibt die Zeitschrift „Der Deutsche in Polen" u. a.:

Viele Opfer der Ausschreitungen liegen schwer verletzt und krank darnieder. Ein anderer Teil ist wegen der Todesdrohungen ohne Ausweis bereits über die Grenze geflohen.

Wir müssen gestehen, diese Ostrowoer Vorgänge bilden so ziemlich den Gipfelpunkt dessen, was an Uebergriffen gegenüber Deutschen bisher vorgekommen ist. Und was taten die staatlichen Sicherheitsorgane, die dazu da sind, Leben und Eigentum der Bürger zu schützen? Nachdem der Mob zwei Stunden lang ungehindert seine Untaten ausführen konnte, wurde er glücklich 7 Uhr abends durch Militär auseinandergetrieben. Wo während der ganzen Zeit eigentlich die Polizei gesteckt und was sie getan hat, das konnten wir noch nicht feststellen. In dem Fall Butzek hielt sie es trotz wiederholter Bitte des Geschäftsinhabers nicht für nötig, den Tatbestand aufzunehmen, offenbar hielt sie es für pflichtgemäßer, sich passiv zu verhalten. Einer weiteren Meldung zufolge soll über Ostrowo der Belagerungszustand verhängt worden sein. Wir möchten aber stark bezweifeln, daß damit der „Zwischenfall" erledigt ist. Jeder Staat, in dem das Gefühl der Autorität noch nicht völlig abgestorben ist, würde angesichts dieser skandalösen Uebergriffe, die sich gegen das Leben und Eigentum friedlicher Bürger richteten, rücksichtslos zufassen, um zu beweisen, daß seine Macht doch noch nicht in den Wolken verschwunden ist. Wir erwarten, daß man sich in Warschau zu dieser Tat mit Eilgeschwindigkeit aufraffen wird und die verbrecherischen Subjekte mit aller Deutlichkeit den starken Arm des Staates fühlen läßt. Wir glauben nicht, daß es in Warschau Stellen geben wird, welche sich mit derartigen Handlungen, wie sie sich in Ostrowo ereignet haben und wie sie sich in jeder anderen Stadt wiederholen können, einverstanden erklären. Das wäre gleichbedeutend mit der Proklamation der Anarchie und Preisgabe jeder staatlichen Ordnung. Wir hoffen weiter bestimmt darauf, daß die Rädelsführer und die gewissenlosen, erbärmlichen Menschen, welche die Rolle der Verführer hinter den Kulissen in offenster Gemeinheit spielen, die ganze Strenge des Gesetzes trifft, ohne Rücksicht der Person. Eine Regierung, welche ernst genommen werden will, darf es unter keinen Umständen zulassen, daß eine verhetzte Pöbelmasse sich in aller Seelenruhe in Landfriedens- und Verfassungsbrüchen gefällt und jede gesetzliche Ordnung einfach über den Haufen wirft. Was die zivilisierte Welt über das, was in Ostrowo vorgefallen ist, denken wird, das ist leicht zu erraten. In die Hände klatschen wird sie sicherlich nicht. Aber erfahren wird sie es bestimmt, wie die Behandlung aussieht, die Gliedern von nationalen Minderheiten in Polen zuteil wird. Ob es den Lenkern der polnischen Republik angenehm sein wird, daß das Ostrowoer Beispiel für die Beschaffenheit einer demokratischen Regierungsform Gegenstand lebhaftester Erörterungen ist, wird kaum anzunehmen sein, es ist nun ihre Sache, wenigstens Maßnahmen zu treffen, denen man das Vertrauen schenken kann, daß sie säubernd wirken werden. Wir möchten in diesem Zusammenhang einige Sätze eines Artikels anführen, den Dr. Krull anläßlich des Besuchs des Staatspräsidenten in der „Dirschauer Zeitung" (Nr. 126 vom 6. Juni) veröffentlichte. Es heißt dort:

„Ist es nicht wirklich Dankes wert, daß Leben und Eigentum sicheren, zuverlässigen Schutz erfahren, daß nur Gesetz und Richter hier eingreifen können? In diese Betrachtungen schmettern zwei mißtönige Posaunen und zerreißen das Bild des Friedens und der Zufriedenheit, das wir als Hintergrund für den einziehenden Staatschef aufzubauen im Begriffe waren. In Ostrowo verprügelt man die Deutschen und die Juden: „Heraus mit ihnen, schlagt sie tot!" Man plündert ihre Läden und schlägt die Schaufenster ein. Man dringt in die Kontore und raubt das Geld, der Geschäftsinhaber flüchtet blutüberströmt in sein Haus. Ein Gendarm schreitet ein. Läßt Achtung vor dem Hüter des Gesetzes die Wütenden auseinandergehen? Hohngelächter! Er wird gleichfalls verprügelt und entwaffnet. „Die Regierung hat gar nichts zu sagen! Wir befehlen!"

Herr Staatschef, diese wußten nicht, was sie taten. Es war doch vorher ein verträgliches, ruhiges Volk! Die Aufpeitscher aber sind zu Hause geblieben, die in ungezählten Volksversammlungen in blutrünstigen Worten schwelgten, die den Andersprachigen als vogelfrei erklärten und im Geiste schon das „ganze Pack" in der Weichsel meerwärts schwimmen sahen. Aus den Redaktionsstuben, aus denen die Drachensaat in hundert wütenden Artikeln gespien wurde, hört man bei diesen Meldungen befriedigtes Gekicher. Hier muß ausgekehrt werden. Die Regierung wird dem erregten Volke zu erklären haben, daß sie anders denkt, daß sie diesen Vorfall, der für hundert andere spricht, verurteilt und jeden fleißigen und tüchtigen Bürger im Lande behält, wenn er selbst es will. Die Verehrung, die dem Staatschef allseitig zuteil wird, sollte Einfluß im bessernden Sinne erwirken können. Das Leben der Bürger zu schützen, ist heilige Pflicht des Staates.

Und das Eigentum? Die Domänenpächter sind auf die Straße gesetzt. Das Inventar, des Pächters persönliches Eigentum, wird einbehalten, und mit dem vierten Teile des wahren Wertes bezahlt. Jetzt geht eine fröhliche Vetternwirtschaft an. . . .

Noch also erstirbt das Dankeswort auf unseren Lippen, noch sehen wir alle aufkeimenden Gefühle der Zufriedenheit sofort vor schlechten Dienern des Staates oder von gewissenlosen Volksaufwieglern zerstampft. Jedoch ist unsere Hoffnung nicht tot, daß das Polen, das ein würdiges Mitglied im Kreise der Kulturnationen zu sein sich bemüht, nicht auch einmal die Notwendigkeit seiner inneren Konsolidierung erkennen wird. Wir zweifeln nicht, daß das Haupt der Republik diese Erkenntnis bereits besitzt. Wir bitten ihn jedoch, alle Glieder des Staates damit zu durchtränken.

Und wie er damals vom Siege über den äußeren Feind mit Jubel und Fanfaren in Warschau Einzug hielt, so wird es ihm auch gelingen, die inneren Feinde des Staates und seiner Gesetze niederzuringen und eine Aera der Eintracht und Zufriedenheit zu schaffen, die ihm einen neuen triumphalen Einzug gestattet, diesmal aber in die Herzen aller Bürger."

Wir wissen nicht, ob dem Staatspräsidenten jene Vorfälle in Ostrowo während seiner Anwesenheit in Pommerellen und Bromberg mitgeteilt worden sind, ob man sie überhaupt zum Gegenstand der Übermittlung gemacht hat. Möglich ist schon, daß versucht wird, sie sang- und klanglos zu begraben und in ihnen, wie der stellv. Starost in Ostrowo, nichts anderes sieht als „Gegenmaßnahmen" und in diesem Sinne berichtet. Wir sehen schon die Verdrehungsakrobaten, wie sie sich abmühen, nun selbst den Skandal von Ostrowo auf das Schuldkonto harmloser Deutscher zu setzen. Vielleicht bahnt sich diesmal ein Körnchen Wahrheit aber doch den Weg nach dem Belvedere und bewirkt, daß der Staatspräsident die günstige Gelegenheit erkennt und getreu seinen Worten, daß der Gerechtigkeit überall Geltung verschafft werden soll, jetzt zeigt, wie dies zu geschehen hat. Und er wird dann wohl auch alle Veranlassung haben, nachdrücklichst festzustellen, wer etwas zu befehlen hat, der Pöbel von Ostrowo oder die Warschauer Regierung.

Der Sejm.

235. Sitzung vom 16. Juni.

Es wird zu dem Gesetz über den Zuschlag zu den Boden-, Rauchfang- und Gebäudesteuer geschritten. Berichterstatter Abg. Moraczewski stellt fest, daß das Gesetz ein temporäres ist, da wir bisher keinen rationellen Steuerplan besitzen. Die gegenwärtige Belastung eines Morgens mit Staatssteuern betrage im ehemaligen russischen Teilgebiet 11 Mark, im österreichischen $9^1/_2$ Mk. und im preußischen 60 Pfennige. Die Kommission gab sich mit dem zufrieden, was ihr die Regierung vorgelegt hat, nämlich mit einer 10fachen Erhöhung der Bodensteuer. Es sei eine Zuschlagsnorm zu der Bodensteuer gewählt worden, die von jeglichen Zuschlägen für Selbstverwaltungszwecke frei sei. Im ehemal. preußischen Teilgebiet werde die Bodensteuer garnicht erhoben, sondern diene nur als Grundlage für die Berechnung der Höhe der Zuschläge für Selbstverwaltungszwecke. Für dieses Teilgebiet sei die Form einer 200fachen Erhöhung der Boden- und einer 175fachen Erhöhung der Gebäudesteuer gewählt worden. Das Gesetz erstrecke sich auch auf die Kreise Bialystok, Bielsk und Sokol. Zur Zeit werde im Einvernehmen mit der Regierung eine Erweiterung der Gültigkeit des Gesetzes auf alle Polen auf Grund des Rigaer Vertrages einverleibten Kreise geplant. Der Berichterstatter bittet noch um die Ausführung gewisser kleiner Verbesserungen in dem Gesetz.

Abg. Baranowski erklärt, der Wyzwolenieklub hätte nichts gegen die Bodensteuern, dagegen mache er Vorbehalte bezüglich einer Erhöhung der Rauchfangsteuer. Zur Ausführung gewisser Verbesserungen in dem Gesetz schlägt Redner vor, das Gesetz an die Finanzbudgetkommission zurückzusenden.

Abg. Janeczek findet, daß die Rauchfangsteuer mehr die Kleingrundbesitzer, als die Gutsbezirke belaste. Aehnlich sei es mit der Bodensteuer, da die Güter nicht die gebührende Steuer von den Wäldern zahlen, aus denen sie große Gewinne ziehen. Redner beantragt, die Steuern möchten von den Schulzen und Wojts eingezogen und abgeliefert werden, und erklärt, daß die Bauern sich den Steuern nicht widersetzen, sondern eine gerechte Verteilung und sparsame Verwendung dieser Steuern fordern.

Abg. Grmowski schlägt im Namen des nationalen Volksverbandes (N. Z. L.) folgende Resolution vor: Die Regierung wird aufgefordert, bei Bemessung der Rauchfangsteuer die tatsächliche Anzahl der existierenden Häuser und nicht die durch den zarischen Ukas vorgeschriebenen in Betracht zu ziehen.

Abg. Drescher vergleicht die heutige Lage des Dorfes mit der Stadt und sagt, es sei nicht gestattet, die Steuern von einer Bevölkerungsgruppe auf die andere abzuwälzen, man solle vielmehr alle Schichten nach Möglichkeit bis zu einem Maximum besteuern.

Nachdem noch die Abg. Stapinski, Kolischer und Szybillo sowie Vizefinanzminister Rymarski das Wort ergriffen hatten, werden die Debatten vertagt.

Nächste Sitzung heute, Freitag um 4 Uhr.

Zum Sinken der polnischen Valuta.

Das höchst aktuelle Thema — das Sinken der polnischen Valuta — beschäftigt gegenwärtig die ganze polnische Presse. Der „Kurj. Warsz." bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel aus der Feder des Herrn B. K., dem wir folgendes entnehmen:

Das Problem der Rettung polnischer Finanzen hat heute mit der sog. Rechten oder sog. Linken nichts gemein. Es ist dies eine allgemein-nationale Frage, die ebenso wichtig und bedeutungsvoll ist, wie die Aufbietung unserer ganzen Kräfte gegenüber der bolschewistischen Invasion. Es ist klar, daß die Warschauer politischen Publizisten, die in dem Parteihader und Intrigen versenkt sind, dies nicht verstehen können. Aber die breite Masse müßte durch ihre öffentliche Meinung einen Druck von unten ausüben, um in der Regierung diejenigen Faktoren zu unterstützen, die an eine Rettung aufrichtig denken.

Vor allen Dingen müßten die Landleute über die unerhörten Verluste belehrt werden, die sie selbst infolge der Valuta-Katastrophe erleiden. Von einer Agrarreform, vom Wiederaufbau des Landes, von sozialen Verbesserungen usw. kann ohne Gesundung des Fiskus und ohne Normierung der Valuta keine Rede sein. Dieses Verständnis müßte den Volksmassen beigebracht werden. Sie sind vor allem anderen an der Sanation der Landesfinanzen interessiert, nicht die Großgrundbesitzer, nicht die Kettenhändler und die städtische Intelligenz, nur sie allein. Es ist direkt lächerlich, wenn man heute behauptet, daß die Rechte für irgend welche Parteizwecke anläßlich des Rücktritts des Finanzministers Steczkowski Alarm schlägt. Wir wiederholen: uns ist einerlei, wer der Nachfolger des Herrn Steczkowski sein wird, dieser neue Mensch soll nur eins ausführen: die Druckpresse zum Stillstehen bringen.

Das sozialistische Krakauer Blatt „Naprzód" schrieb einige Tage vor dem Rücktritt des Herrn Steczkowski folgendes: „Der Tendenz zur Verkleinerung Polens und zur ökonomischen Teilung Polens sind wir nicht imstande, die einzige innere Kraft, die in der Welt etwas bedeutet, entgegenzustellen, nämlich die Wirtschaftskraft. Der Kurs der polnischen Mark sinkt rettungslos und nähert sich immer mehr dem Null. Diese Erscheinung ist die Feststellung der Tatsache, daß wir nicht zu wirtschaften verstehen". Wie wir sehen, nimmt diese Frage in dieser Beleuchtung die Dimensionen eines großen politisch-internationalen Problems an.

Wenn der Landmann und der Arbeiter verstehen sollten, daß ohne Gesundung unserer Valuta keine Aussichten auf die Besserung der Existenz vorhanden sind und daß viele von ihnen in einem Jahre oder auch einem Monate gezwungen sein werden, auszuwandern, so sollte sich auch jeder denkende polnische Bürger Rechenschaft darüber abgeben, daß das ökonomische Unvermögen unseres Staates, das sich speziell in unserer finanziellen Wirtschaft ausdrückt, unsere vitalsten territorialen Interessen bedroht. Oberschlesien, Ostgalizien und Wilna — alle diese Fragen werden nicht richtig gelöst, wenn wir keine Beweise erbringen werden, daß wir unser wirtschaftliches Leben einigermaßen gestalten können.

Daß wir uns von keinen Parteiinteressen leiten lassen, wollen wir noch den Krakauer „Czas" zitieren, der anläßlich der Demission des Finanzministers Steczkowski schrieb: „Die sehr kleine, fast gar keine Autorität Polens sinkt infolgedessen bis auf Null und weist heute denselben Kurs wie der Kurs der polnischen Mark auf. Gibt es einen Vernünftigen in Polen, der sein Land liebt, der dies nicht verstehen würde? Als der „Czas" diese Worte schrieb, wußte er noch nicht, daß es solche Leute im Ministerrat gibt. Denn die Minister, die das Sparsamkeits-Programm des Herrn Steczkowski nicht unterstützten, legten ein beredtes Examen ihrer Fähigkeiten als Staatsmänner ab. Jetzt hören wir plötzlich, daß einige von ihnen sich für erhöhte Kredite, jedoch gleichzeitig für Ausbeutung neuer Einnahmequellen erklärten. Führen denn solche Methoden zur Aufstellung eines ausgeglichenen Budgets? Herr Ribot würde sich sicherlich am Kopf greifen.

Als Herr Steczkowski vor sechs Monaten am stelle des Herrn Grabski kam, schrieben wir damals, daß nur die Hälfte der Aufgabe auf den Schultern des neuen Finanzminister ruht. Die zweite Hälfte hängt von Herrn Witos ab. Denn es ist noch nicht genug, ein gutes Finanzsystem auszuarbeiten, es muß auch ins Leben treten. Auf diese Weise wird das Finanzproblem gleichzeitig zu einem politischen. Die Volkspartei muß dieses System unterstützen, denn anders ist es unmöglich sich von der Stelle zu rühren. Diese Partei hält jetzt die grundsätzlichste Staatsfrage in ihren Händen. Erteilt Herr Witos dem Programm der Gesundung der Finanzen seine Unterstützung, dann wird das aktuellste Staatsproblem gelöst.

Der Sejm wird selbstverständlich durch diese Alarme aus seinem Schlaf nicht aufwachen. Aber außer dem Sejm gibt es noch Land, Volk, gibt es noch öffentliche Meinung. An diese appellieren wir.

* *

Gesandter Dr. Szarota über das Sinken der polnischen Mark.

Wien, 16. Juni. (Pat.) „Wiener Tagebl." veröffentlicht ein Interwiew mit dem Gesandten Dr. Szarota in Sachen des Kurssturzes der polnischen Mark. Szarota sagte, daß ein solch großer Sturz der polnischen Mark nicht mit der inneren Struktur der Wirtschaft des polnischen Staates zu rechtfertigen sei, weil die gegenwärtige politische Situation des polnischen Staates keinen Anlaß zur Beunruhigung gäbe. Dr. Szarota führte alsdann die Ziffern des polnischen Budgets an und stellte fest, daß nach der Demobilisierung der Armee das Defizit vollständig gedeckt sein würde. Dr. Szarota wies hierauf auf die riesigen natürlichen Reichtümer Polens hin, mit deren Ausbeutung bereits begonnen wurde, was unstreitig zur Herstellung des Gleichgewichts unseres Budgets beitragen wird. Dank seiner wirtschaftlichen Lage ist Polen geradezu dazu bestimmt, um zwischen Osten und Westen zu vermitteln. Dr. Szarota ist überzeugt, daß die richtige Auffassun g dieser Situation zur Aufbesserung des Markkurses beitragen wird.

Chronik u. Lokales.

Die letzte große Brandkatastrophe auf der Lodzer Fabrikbahn

beschäftigt immer noch die Kreise der Lodzer Industriewelt, die einen enormen Materialschaden erlitten hat. Es erweist sich, daß der Brand vom 5. Juni l. J. die größte Brandkatastrophe ist, die je in den Annalen der Geschichte unserer Stadt zu verzeichnen war. Auf der vorgestern Abend stattgehabten Sitzung der Verwaltung der Lodzer freiwilligen Feuerwehr gab der Kommandant der Wehr, Herr Dr. Alfred Grohmann ein übersichtliches Bild über die Entstehung, Ursache und die enorme Ausbreitung des Brandes, der einen katastrophalen-Charakter angenommen hatte. Heute können wir unseren Lesern die Gefahr schildern, in welcher der ganze Stadtteil an der Bahn bis zur Sienkiewicza-Straße während der Brandkatastrophe geschwebt hat. In den offenen und gedeckten Lagerräumen der Bahn und auf den ungedeckten Rampen lagerten zur Zeit des Ausbruchs des Feuers immense feuergefährliche Stoffe wie Nafta, Benzin, Benzol, verschiedene Chemikalien, Teer, Pech, Kolophonium, Oele und Fette inmitten von 40 Waggons Rohbaumwolle, vielen Waggons Wolle, Baumwoll- und Wollumpen- und Abfällen, Papier in Ballen und Rollen. Die enormen Mengen dieser leichtbrennlichen Stoffe bildeten bereits einen großen Brandheerd, als die freiwillige Feuerwehr in ihren stabilen Zügen und später in verstärktem Maße mit den Dampfspritzen an der Brandstätte eintraf. Dem Feuerheerd entströmte eine immense Glut, so daß die Mannschaften nicht unmittelbar an den Heerd herankommen konnten. Die Rettungsaktion war ungemein erschwert, infolge des herrschenden Wassermangels, des entsetzlichen Rauchqualms und der überaus ungünstigen Zufahrt. Ein Teil der Wehr konnte nur auf Umwegen an die Brandstätte heran. Jede Sekunde war kostbar. Die Rettungsaktion stellte ungewöhnlich große Anforderungen an die Oberleitung, die ihr Hauptaugenwerk auf die Verhinderung einer weiteren Verbreitung des Flammenheerdes und die Lokalisierung des Brandes gerichtet hat. Der Kommandant kommandierte infolge dessen von den ihm zur Verfügung stehenden Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr vier Züge an die meistgefährdeten Stellen, um dem entfesselten Element dort Einhalt zu gebieten, da einerseits die benachbarten Gebäude der Lodzer Hutmanufaktur vormals Schlee, das Lodzer Elektrizitätswerk stark bedroht waren, und anderseits bei dem heftigen Winde aus östlicher Richtung sämtliche Bahnhofsgebäude bis an die Sienkiewicz-Straße und der ganze Stadtteil um den Güterbahnhof herum von Feuer ergriffen werden konnten. Der Flammenheerd erstreckte sich bereits in einer Länge von einer halben Werst. Brennende Nafta und Benzin flossen

in Strömen von den Rampen zwischen den hölzernen Bohlen hindurch und steckten diese in Brand. Gleich von vornherein war die Rettungsaktion sehr erschwert, weil Wasser in Tonnen herbeigeschafft werden mußte. Die Hydranten der Eisenbahn konnten nur mit schwerer Mühe und unter Anwendung aller Kräfte aufgeschraubt werden; nichts war daselbst auf eine Gefahr vorbereitet. Hierzu kommt noch, daß sie in unmittelbarer Nähe des Flammenherdes das Munitionsmagazin der Artillerie befand, in welchem über 15 Waggon Munition lagerten. Die Gefahr war hier eine sehr große. Dank den weisen und zielbewußten Anordnungen des Kommandanten Herrn Dr. Alfred Grohmann war es gelungen, das Munitionslager zu schützen. Zu diesem Zwecke waren zwei Lokomotiven von der Kalischer Bahn herbeordert, die mit helfend in die Rettungsaktion eingriffen. Es wurde festgestellt, daß die auf dem Lodzer Güterbahnhof vorhandenen Feuerlöschvorrichtungen ungenügend sind, daß diese zum Teil garnicht funktionierten. Ueber die Entstehungsursache ist man sich immer noch nicht ganz klar, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Brand von den Funken einer Lokomotive entstanden sein kann. Nicht unerwähnt dürfen wir lassen, daß der Kommandant, während der Leitung der Rettungsaktion, die ungewönlich große Anforderungen in physischer und geistiger Beziehung an ihn stellten, von gewissen „Besserwissern" mit Ratschlägen, Weisungen und sogar Drohungen belästigt wurde. Wir machen darauf aufmerksam, daß bei einem solchen Brande die Leitung einzig und allein in den Händen des Kommandanten ruhe, der als erprobter langjähriger Leiter die beste Garantie einer sachverständigen und zielbewußten Rettungsaktion geben kann, daß jede Beeinflussung dieser Aktion von unberufener Seite nur Schaden bringen kann und daher höchst unerwünscht ist.

---

* Ankunft von Ministern. Morgen, Sonnabend, treffen in Lodz ein die Herren Dr. Chodzko, Minister für öffentliche Gesundheit sowie Ing. Narutowicz, Minister für öffentliche Arbeiten. Die Herren kommen nach Lodz speziell in Sachen der Erbauung einer staatlichen epidemiologischen Anstalt und Untersuchung der Lebensmittel.

* Besuch der Pressevertreter aus den baltischen Ländern in Lodz. Am 23. Juni trifft in Lodz eine Gruppe von Pressevertretern aus den baltischen Ländern ein, um unsere Stadt und ihre Industrie kennen zu lernen. Seitens der Lodzer Vertreter der Presse werden sicherlich entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, um die Kollegen aus den Baltenländern in würdiger Weise zu empfangen und ihnen die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt, die großen industriellen Anlagen vor Augen zu führen.

* Gleichstellung der Nichtchristen. Die Rechtskommission des Sejm beschloß nach langen Debatten, sich an die Regierung mit der Aufforderung zu wenden, sie wolle das Projekt eines Gesetzes ausarbeiten und dem Sejmmarschall übergeben, zur Einbringung in den Sejm, nicht später als auf der ersten Sitzung nach den Ferien, eines Gesetzes, durch das alle bis jetzt noch bestehenden Rechtseinschränkungen der nichtchristlichen Bevölkerung aufgehoben werden. (Pat.)

* Zum Sinken der polnischen Valuta. Auf Initiative des Rechtanwalts W. Wyganowski und Dr. Josef Konic wird am morgigen Sonnabend, um 8 Uhr abends, im Lokale des Lodzer Börsenkomitees an der Petrikauerstr. 96 eine Versammlung der Vertreter sozialer Vereinigungen und geladener Personen stattfinden. Auf dieser Versammlung sollen Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um der drohenden Katastrophe bei weiterem Sinken der Valuta vorzubeugen. Es wird auch beabsichtigt in dieser Angelegenheit eine Delegation zum Ministerpräsidenten nach Warschau zu entsenden.

* Auflösung der Aus- und Einfuhrkommission. Die Warschauer Regierung beschloß endgültig die Aus- und Einfuhr-Kommission am 1. Juli d. J. aufzulösen. Auf diese Weise werden die Einschränkungen nur in Ausnahmefällen angewandt.

* Die Vollzugs-Verordnung zum Gesetz über die Einkommen- und Vermögenssteuer ist in Nr. 48 des „Dziennik Ustaw" der Republik Polen in Druck erschienen. Die Verordnung ist in der Administration des „Dziennik Ustaw", Krasinski Platz Nr. 12, zu haben.

* Dienstvorschriften für Staatsbeamte. Die Behörden lenkten die Aufmerksamkeit der Starosten und des Verpflegungskommissars auf die zeitweiligen Vorschriften für Staatsbeamte, im Sinne welcher keine Personen angestellt werden dürfen, die in demselben Amte Verwandte bis zum dritten Gliede besitzen.

* Die Annahme von Gesuchen wegen Eröffnung der Bittschriftenbüros wurde von den Behörden eingestellt, und zwar bis zur Zeit, wo der Sejm ein diesbezügliches Gesetz erlassen wird.

* Für Auswanderer nach Amerika. Zur Aufklärung der Bevölkerung werden vom Regierungskommissariat für die Stadt Lodz und den Starosten für Emigranten, die nach Amerika auswandern, Erklärungen veröffentlicht. Besagte Erklärungen machen die Emigranten vor allen Dingen darauf aufmerksam, daß in vielen Zweigen der Industrie in Amerika Arbeitslosigkeit herrscht, viele Fabriken stillstehen und es daher schwer ist, Beschäftigung zu erhalten. Ueber alles sind die Verdienstmöglichkeiten kleiner als in der Kriegszeit, der Lebensunterhalt dagegen teurer als bei uns. Sofern der Emigrant keine Garantie dafür hat, daß seine Angehörigen in Amerika für seinen Unterhalt aufkommen werden, wird vor der Ausreise gewarnt. Weiter wird erläutert, daß diejenigen, deren Unterhalt in Amerika garantiert ist, wissen müssen, daß sie gesund sind, lesen können müssen, genügend Geld für die Reisespesen haben und besitzen müssen: a) ein Affidavid, d. h. ein von einem Notar beglaubigtes Dokument, daß der Angehörige der Emigranten solange für den Unterhalt desselben sorgen wird, bis der Emigrant Beschäftigung erhält. Das Dokument muß vom Polnischen Komitee in den Vereinigten Staaten legalisiert sein; b) einen Auslandspaß, der vom Emigrationsamt und dem amerikanischen Konsul visiert ist und c) eine Schiffskarte. Sofern der Emigrant über Danzig fährt, sind auch die Visas der unterwegs gelegenen Staaten notwendig. Die Reisekosten für eine erwachsene Person betragen gegenwärtig 200 Dollar. Der Emigrant muß sich außerdem 10 Dollar für das amerikanische Visum, 25 zum Vorzeigen in Amerika und einen gewissen Betrag für kleinere Ausgaben bereithalten.

* Inbetriebsetzung der Widzewer Baumwollmanufaktur vorm. Heinzel und Kunitzer. Gestern wurden die Fabriken der Widzewer Baumwollmanufaktur wieder in Betrieb gesetzt. Die Arbeiter haben durch ihre Delegierten die beleidigten Fabrikdirektoren, die Herren Ingenieure Bosak und Groß mündlich und schriftlich wegen der ihnen zugefügten Unbill um Verzeihung gebeten, wodurch der betrübende Vorfall von der vergangenen Woche beigelegt worden ist. Die Fabrik ist wieder im vollen Betriebe. Der betrübende Vorfall, der von einigen kommunistisch gesinnten Elementen bei der verlangten Zahlung der Einkommensteuer inszeniert worden ist, kostet den Arbeitern annähernd 20 Millionen. Beschäftigt sind daselbst 5000 Arbeiter mit einem Wochenlohn von annähernd 4000 M., was obigen Betrag ergibt. Wohin die unbesonnene Tätigkeit kommunistischer Elemente führt, illustriert dieses Faktum in genügender Weise. Die Arbeiter weigerten sich eine Steuerzahlung zugunsten des Staates im Gesamtbetrage von 80,000 M. zu leisten und haben nun einen Lohnausfall von 20 Millionen zu verzeichnen. Dieser Verlust wird aber noch größer, denn erstens leidet das Unternehmen und auch der Staat unter der Verminderung der Produktion. Solche Vorfälle müssen unbedingt vermieden werden, wenn wir zur Hebung unserer so tiefgesunkenen Valuta und unserer überhaupt sehr mißlichen Wirtschaftsverhältnisse beitragen wollen.

* Beilegung des Streiks der Köche und Kellner. Gestern fand eine Hauptversammlung der Restaurant- und Speiseanstalten-Besitzer unter Beteiligung der Delegierten der Sektion der Köche, sowie von Delegierten der Sektion der Kellner statt, in der die letzteren sich bereit erklärten, den Streik auf friedlichem Wege beizulegen. Nach mehrstündigen Debatten ist es zwischen beiden Parteien zu einer Verständigung gekommen, wobei ein schriftliches Uebereinkommen abgeschlossen wurde. Im Sinne dieses Uebereinkommens wurden für die Köche folgende Löhne festgesetzt: erste Kategorie wird ein Gehalt von 4500 Mk. und die zweite 3500 Mk. wöchentlich bei freier Verpflegung beziehen. Arbeitsfrei sind folgende Feiertage: 1. Weihnachts-, der 1. Oster- und der 1. Pfingstfeiertag, am 2. Weihnachts- und Osterfeiertag wird bis 2 Uhr nachm. gearbeitet, wobei die Köche eine dem Gehalt entsprechende Bezahlung erhalten. Nach einjähriger Arbeitszeit steht dem Koch ein zweiwöchiger bezahlter Urlaub zu. Die Ueberstunden werden mit 100 M. für jede Stunde bezahlt. Die Kellner erhalten 10 Prozent vom Bruttoumsatz in den Restaurants und 12 Prozent in den Konditoreien, Kaffees und Milchhandlungen, sowie freie Verpflegung. An jeden Kellner werden die Lebensmittel für eigenen Gebrauch mit 25 Prozent niedriger als an die Konsumenten verkauft. Bei Entlassung eines Kellners ohne triftige Gründe erhält dieser eine Entschädigung, u. zw. in der 1. Kategorie 18,400 M. und in der 2. Kategorie 14,000 M., sowie 40 Prozent dieser Summen für Verpflegung. Für Trunksucht, Diebstahl oder unhöfliche Behandlung der Gäste wird der Kellner ohne jede Entschädigung entlassen. Die Anstellung und Entlassung der Angestellten geschieht durch Vermittelung des Verbandes. Bei Entlassung muß sowohl den Köchen wie auch den Kellnern 1 Monat vorher gekündigt werden. Sämtliche strittige Fragen sollen vom Schiedsgericht, bestehend aus Vertretern beider Parteien, entschieden werden. Für den Streik darf niemand entlassen werden. Alle Restaurant- und Speiseanstalt-Besitzer haben sich verpflichtet, die Preise für die verabfolgten Speisen nicht zu erhöhen.

* Silberhochzeit. Am morgigen Sonnabend feiert unser Mitbürger der Kaufmann Herr Karl Schultz mit seiner Gattin Pauline geb. Mühlbrandt das Fest des silbernen Ehejubiläums. Wir entbieten dem Jubelpaare schon heute unsere besten Glückwünsche.

* Eine Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Lodzer Wojewodschaft wurde in Kenntnis gesetzt, daß die Kleinpolnische Kriegs-Kreditanstalt in Lemberg (Galizien) ihre Tätigkeit über das ganze Territorium Polens ausbreitet und bereits in Warschau eröffnet hat. Aufgabe dieser Institution ist, Privatpersonen und Genossenschaften Kredit zum Wiederaufbau ihrer durch die Kriegsereignisse zerstörten Immobilien, Bauernwirtschaften, Handwerkstätten usw. zu erteilen. Die Kreditanstalt beabsichtigt demnächst auch in Lodz eine Filiale zu eröffnen.

* Schlußaktus der Handelskurse. In den Handelskursen der Polnischen Handelsvereinen, Cegielniana 70 wurde vorgestern das Schuljahr abgeschlossen. 46 Hörern, die die Kurse beendet haben, wurden Zeugnisse ausgefolgt.

* Revisionen in der städtischen Gartenbaudeputation. Der Magistrat der Stadt Lodz hat eine besondere Kommission zur Prüfung der Wirtschaftsführung in der Gartenbaudeputation eingesetzt. Es handelt sich darum, die Höhe der von dem früheren Leiter der Gartenbauabteilung veruntreuten Summe festzustellen.

* Wegen Zuteilung von staatlichen Deckhengsten. Die Lodzer Wojewodschaft hat den Starosten beauftragt, das breite Publikum zu informieren, daß Gesuche der Züchter und Institutionen wegen Zuteilung von staatlichen Deckhengsten für die Saison des Jahres 1922 an das Hengst-Depot in Petrikau spätestens bis zum 1. September 1921 gerichtet werden müssen.

* Ein sauberer Zechgenosse. Der an der Dabrowskastr. 22 wohnhafte Oskar Busler begegnete einem Bekannten, der ihn nach dem Restaurant Lauf an der Ecke der Krzyzowa und Dabrowska zu einem Schnäpschen einlud. Nach einigen Gläschen Schnaps und einigen Bieren, verlor Busler die Besinnung. Nach seiner Wohnung gebracht, stellte er fest, daß ihm die Brieftasche mit 23,000 Mark fehlte. Der Zechgenosse, ein gewisser Braun wurde verhaftet.

* Zwei jugendliche Ausreißer. Zwei Schüler, namens Eduard Reichert und Waclaw Banasiak, deren Eltern im Hause Zielonastr. 14 wohnen, werden seit vergangenem Sonnabend vermißt. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Aufenthaltsort der jugendlichen Ausreißer ausfindig zu machen. Die Eltern der Burschen haben sich in dieser Angelegenheit an die Geheimpolizei gewandt.

* Diebstähle. Von unbekannten Dieben wurden gestohlen aus der Wohnung des Ludwig Krenicki an der Theodorastr. 101 verschiedene Sachen im Werte von 40 000 M. und aus der Wohnung der Stefania Brons an der Andrzejastr. 7 Kleidungsstücke im Werte von 100,000 M.

* Polnische Staatslotterie. Am 1. Ziehungstage der zweiten Klasse wurden nachstehende größere Gewinne gezogen:

290,000 Mk. auf Nr. 70500

20,000 Mk. auf Nr. Nr. 9950 56116.

10,000 Mk auf Nr. Nr. 11 22223 56536 65131.

8.000 Mk. auf Nr. Nr. 6028 10012 22516 47684 57757.

5.000 Mk. auf Nr. Nr. 84 4537 26354 44732 63630 70710.

3.000 Mk. auf Nr. Nr. 4448 13687 17780 25733 27331 28425 30873 39740 41856 47992 49402 54568 54881 60116 60618 67419 71839 76849.

2,000 Mk. auf Nr. Nr. 715 1925 4472 7959 8444 17587 27507 33959 37070 37548 41902 47442 48745 51098 52786 56171 57931 62975 63203 63529 63710 70307 71568 72761 73017 74792 77090 77112.

1,500 Mk. auf Nr. Nr. 2046 2189 2422 2642 5251 6575 7009 9979 11413 12960 13991 14286 21339 21509 23137 25078 25877 28084 28151 28324 28815 31637 32825 36862 39095 39303 40546 43395 47161 47455 48464 51672 55413 56188 56615 60856 61154 61156 62212 62342 63889 64081 64159 66149 67844 70047 76368 77649 77970 78142 79019.

1,000 Mk. auf Nr. Nr. 379 1088 1368 1802 2464 3992 7045 7244 7391 9587 10863 12016 12362 12944 13190 13300 15251 16394 17392 17918 18453 21181 23267 26070 26375 26697 27914 29153 30768 33831 34189 34683 34693 37546 38494 39248 40395 40695 43877 45270 45291 45788 48164 50796 51392 52926 53258 55612 55950 56275 57297 57875 58128 60997 61885 62982 62987 64152 64903 65043 65051 67204 67466 68092 68996 69918 70037 74104 75791 76001 77004 77988 79601 79862.

In der Redaktion eingegangene Spenden.

Wir quittieren herzlich dankend den Eingang nachstehender Spende: 2000 M. von der Firma Ostermann u. Co. an Stelle eines Kranzes auf das Grab Seiner Exzellenz Eduard von Herbst zugunsten des Fonds des Anna Marien-Hospitals bei dem Christlichen Wohltätigkeitsverein.

Kunstnachrichten.

Polnisches Theater. Heute abend wird das 3-aktige Lustspiel „Oczy księżniczki Tatmy" von St. Kiedrzynski wiederholt.

Aus der Provinz.

Pabianice. Gastspiel der Posener-Theatertruppe. Bekanntlich wurde die für Sonnabend anberaumte Theateraufführung zugunsten des Pabianicer Deutschen Gymnasiums im letzten Augenblick durch den Lasker Starosten vereitelt. Auf einen Protest des Kuratoriums an die Lodzer Wojewodschaft, hat der Wojewodschaftsrat diese Angelegenheit untersucht und beschlossen, den Lasker Starosten zu ersuchen, die Genehmigung anstandslos zu erteilen. Dieser Entschluß ist bereits durch die Pabianicer Polizeibehörde der Schule offiziell zugegangen, so daß die Aufführung nun hoffentlich ungehindert stattfinden wird. Am Montag, den 20. Juni sollen um 8 Uhr abends in der Pabianicer Turnhalle die „Jugendfreunde" von Fulda und Dienstag, den 27. Juni die „Ahnfrau" von Grillparzer gespielt werden. Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, dem Wojewoden von Lodz, Herrn Kamienski, für seinen Gerechtigkeitssinn und Herrn Direktor Hanelt, der weder Mühe noch Strapazen gescheut hat, um den armen Schülern zu helfen, unsere Anerkennung auszusprechen.

Aus Warschau

Ein scheußliches Verbrechen bei Grodzisk. Im Dorfe Kozer, Kreis Blonie, das einen Kilometer von Grodzisk entfernt liegt, wurden der Besitzer einer 18 morgigen Wirtschau, Thomas Mroczkiewicz, 60 Jahre alt und seine Dienstmagd Stanislawa Celewska, 52 Jahre alt, ermordet. Beide wurden mit durchschnittener Kehle vorgefunden. Am Tatorte traf die Polizei des Blonier Kreises mit ihrem Leiter Gephardt ein wobei festgestellt wurde, daß hier kein Raubmord vorliege. Der von den Mördern mitgenommene Wagen mit Pferd des Mroczkiewicz wurde im Kornfelde aufgefunden. Die Polizei verhaftete bisher 5 Personen, die verdächtig sind, an dem Verbrechen teilgenommen zu haben, und zwar: die Frau des Ermordeten Josefa Mroczkiewicz, 40 Jahre alt, Besitzerin einer Landwirtschaft in Bewinow und zugleich eines Ladens mit Zuckerwaren in Warschau an der Brocka-Straße 20 unter der Firma „Zenon Nawrocki", ihren Sohn aus der ersten Ehe, den 19 jährigen Zenon Nawrocki, den Bruder der Frau Mroczkiewicz, Michal Tkacz, 39 Jahre alt, Strumpfwirker und Gießer von Beruf und letztens nach der Rückkehr aus Amerika Mitbesitzer eines Hauses in Lodz an der Szarastraße, sowie die Einwohner des Dorfes Kozer: Franz Pietraszek und Felix Opoczynski. Es besteht der Verdacht, daß die Mordtat zu dem Zwecke begangen wurde, um in den Besitz des Vermögens des Mroczkiewicz zu gelangen.

Die Schulden Polens aus der Warenanleihe.

Die ausländische Warenanleihe, die Polen hauptsächlich zur Verpflegung und Versorgung der Armee aufnehmen mußte, beträgt nach polnischen Blättermeldungen gegen 180 Milliarden polnische Mark. Im einzelnen haben zu erhalten: Amerika: 153 Millionen Dollars, Frankreich 518 Mill. Franken, England 2,8 Millionen Pfund, kleinere Summen Italien, Oesterreich, Belgien, Holland und Norwegen. Für den Verfall der polnischen Valuta ist es bezeichnend, daß allein die Warenschuld an Amerika schon 153 Millionen Dollars, in polnischer Valuta 124 Milliarden ausmacht.

Albanien und seine Nachbarn.

Genf, 16. Juni. (Pat.) Der Völkerbund erhielt eine Depesche der albanischen Regierung, in der diese den Völkerbund auf die Verhältnisse zwischen Albanien und Griechenland sowie zwischen Albanien und Jugoslawien aufmerksam macht. Diese Verhältnisse bilden nach Ansicht der albanischen Regierung eine ernste Gefahr für den Frieden.

Bolschewistische Verschwörung in Schweden.

Paris, 16. Juni. (Pat.) Laut Nachrichten aus Kopenhagen, wurde in Stockholm eine bolschewistische Verschwörung aufgedeckt, die zum Zweck hatte, in den nördlichen Territorien Schwedens, Finnlands und Norwegens eine separatistische Bewegung zwecks Angliederung dieser Gebiete an Sowjet-Rußland hervorzurufen. Der schwedische Gesandte behauptet, daß diese Bewegung von Bela Kun geleitet wurde.

In kurzen Worten.

Der englische und französische Gesandte in Berlin wurden im Berliner auswärtigen Amt vorstellig und erklärten, der deutsche Selbstschutz trage die Schuld an der gegenwärtigen kritischen Lage in Oberschlesien und an dem Abbruch der Verhandlungen der Koalitionskommission und dem Komitee der Zwölf.

Die Vereinigten Staaten sind mit Japan in Sachen der Insel Yap sowie bezüglich der Einwanderung von Japanern nach den Vereinigten Staaten in Unterhandlungen getreten.

Der Passagierverkehr in Luftschiffen zwischen Danzig und Posen wurde eingestellt.

Nach der „Chicago Tribune" betrug der Export Amerikas nach Deutschland seit Juni 1920 bis April 1921 — 830 Millionen Dollars, im Vorjahre 161 Millionen. Der Import aus Deutschland hatte einen Wert von nur 81½ Millionen Dollars.

Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem polnischen Bevollmächtigten Zamojski.

Dank der Intervention des englischen Arbeitsministers wurde der Streik in der metallurgischen Industrie beigelegt.

Englische Truppen, die die asiatische Küste am Bosporus besetzt haben, wurden nicht zurückgezogen.

Im englischen Unterhause erklärte der Vertreter der Regierung, daß demnächst eine offizielle Handelsdelegation nach Rußland abreisen wird.

Telegramme.

Die Sukzessionsstaaten.

Paris, 16. Juni (Pat.) Die Reparationskommission hat beschlossen, allen Sukzessionsstaaten Oesterreich-Ungarns eine 3 monatige Frist zur Abstempelung der Dokumente der früheren österreichischen Schuld im Sinne der Bestimmungen des Vertrages zu Saint Germain zu gewähren.

In Ungarn.

Budapest, 16. Juni. (Pat.) W. K. B. Eine Delegation des Syndikats der Bauarbeiter wandte sich an die Regierung um Hilfe. Graf Bethlen erklärte der Delegation im Namen der Regierung, daß die Frage der Arbeitslosigkeit von ihr geprüft wurde, wobei beschlossen wurde, in das neue Budget 800 Millionen Kronen zur Aufnahme der öffentlichen Arbeiten aufzunehmen.

Warschauer Börse.

Notierungen vom 15. Juni (Pat.)

	gezahlt
8% Anl. d. St. Warschau 1915/16	— —
6% Anl. d. St. Warsch. 1917 für Mk. 100	112—112.50
4½ Pfandbr. d. Bodenkred.-Ges.	261,50—263
4½% Anl. der Stadt Warschau	— —
4½ " " " 1. Mk. 100	— —
5% Anl. d. St. Warschau	334—333.50

Bargeld:

	Verkauf	Kauf
Zarenrubel à 100	—	—
Zarenrubel à 500	310	—
Duma Rubel à 250	—	—
Duma Rubel à 1000	75	—
Ver.-St.-Dollars	1375	1325
Franz. Franks	—	—
Schweizerische Franks	—	—
Pfund Sterling	—	—
Deutsche Mark	—	—
Tschecho-Slowakische Kronen	—	—

Schecks.	Transaktionen
New-York	— —
Paris	— —
Schweiz	— —
London	— —
Berlin	— —
Wien	1.98

Aktien:

Handelsbank in Warsch.	1600-1695—1595-1575
Westbank I-III	1450 - 1475
Kreditbank in Warsch. I-III	2100—2200
Diskontobank in Warsch.	— —
Lodzer Kaufmannsbank	— —
Kleinpoln. Bank in Krakau	— —
Ostrowiecker Gesellschaft	7625
Borkowski	1550—1530—1540
Firley	720
Jablkowski	1900—1825
Lilpop	3250—3260—3240
Rudzki	21675—20200—21250
Ges. der Zuckerfabriken	9350
Starachowice für 500 Mk.	7425—7225—7325
Zawiercie	34000—34300
Zyrardow	38000—37100
Schiffahrts-Ges. I-III	2725—2650—2625

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten). (82. Fortsetzung.)

„Ich finde, daß es sehr schön ist, Erich! Ich kann dir nicht sagen, wie glücklich ich darüber bin."

„Ich hätte es dir voraussagen können. Alles Geschehen in der Welt vollzieht sich auf Grund unabänderlicher Gesetze. Daß zwei Leute wie der Vater und ich einmal wieder zusammenkommen mußten, war von vornherein außer allem Zweifel. Aber mit unzeitigen Sentimentalitäten ließ es sich nicht erzwingen. Hüben so wenig wie drüben. Gut Ding will Weile haben. Sollte das nicht am Ende auch auf uns beide zutreffen, Erika?"

Sie beschäftigte sich angelegentlich mit der Rosenfülle in ihrem Körbchen.

„Ich weiß nicht — — Aber das Schlimme ist, daß du zu früh gekommen bist. Außer mir ist überhaupt niemand zu Hause."

„Der Vater ist ausgegangen? Kann er sich das denn schon wieder zumuten?"

„O, er behauptet, ganz gesund zu sein. Nachdem er den Sanitätsrat zum zweiten Mal verabschiedet hat, will er überhaupt nichts mehr von einem Arzte wissen. Aber mir ist doch ein wenig bange, daß er sich zu viel zumutet. Er wollte nämlich zu Fuß in den Ort hinunter."

„Bis nach Tiefenbrunn? In besonderer Absicht?"

„Ja. — Er wollte Herrn Dr. Germering einen Besuch machen. Wenn ein anständiger Mensch einem anderen Unrecht getan hat, sagte er, darf er nicht nach Altersunterschieden oder nach etwaiger körperlicher Mühsal fragen, sobald er Gelegenheit hat, es wieder gut zu machen. Hier gehört sich's, daß ich den ersten Schritt tue. — Und er ließ sich nicht davon abbringen."

„Es sieht ihm ähnlich. Aber es ist auch ganz in der Ordnung. Der andere hätte auch, wie ich ihn kenne, den ersten Schritt schwerlich getan."

„Natürlich hast du bereits mit dem Doktor gesprochen?"

„Ich habe mir's, wie du dir denken kannst, nicht nehmen lassen, ihn aus seinem schauerlichen Kerker, der übrigens dank der Humanität des Amtsrichters Eberty ein recht erträgliches Zimmer gewesen war, selbst abzuholen. Seine Entlassung verzögerte sich ja um einige Tage, weil er selbst den Wunsch geäußert hatte, daß vorher auch die letzten Unklarheiten beseitigt sein sollten. Im Großen und [illegible] er ja b[illegible] ie eigentlich viel Glück gehabt. Wer weiß, ob sich ohne das bereitwilligste Geständnis dieses Brandt nicht immer noch einige Schwierigkeiten ergeben hätten."

„Mir graust, wenn ich an diesen Mann denke. Daß ein Mensch so schlecht sein kann!"

Erich war ernst geworden.

„Nicht zu hart, liebe Erika! Ich glaube überhaupt nicht an eigentlich schlechte Menschen, so wenig ich an eigentlich gute glaube. Ich glaube nur an kluge oder dumme, an glückliche oder unglückliche. Und der Mann in der Tiefenbrunner Apotheke, der sich jetzt selber richten zu müssen glaubte, gehörte wohl sein Leben lang zu den unglücklichen. Um ihn erbarmungslos verdammen zu dürfen, müßten wir wohl erst einmal ein paar Stunden lang in seiner Haut gesteckt haben. Mir, das gestehe ich offen, mir tut er leid, obwohl ich ihn nie gemocht habe. Und es hat mich gefreut, daß Germering, als man ihm seinen Tod mitteilte, noch wärmer und mitfühlender über ihn gesprochen hat."

„Hast du auch davon gehört, daß gegen den Sanitätsrat ein Verfahren wegen Anstiftung eingeleitet werden soll?"

„Daraus wird kaum etwas werden. Die Anhaltspunkte sind, juristisch betrachtet, zu schwach. Es ist mir nicht einmal recht verständlich, wie das Gerücht entstehen konnte. Der Gerichtsschreiber muß wohl geschwatzt haben. Hier in Tiefenbrunn schwatzt eben alles."

„Hältst du auch den Sanitätsrat nicht für einen schlechten Menschen?"

„Nein, ich halte ihn nur für dumm. Wobei ich nicht unterlassen will hinzuzufügen, daß die Dummen immer die Gefährlichsten sind. Schon ihretwegen könnten wir zu unserer Sicherheit die Gefängnisse nicht entbehren."

„Er soll ja auch die Absicht haben, Tiefenbrunn zu verlassen und zu seiner verheirateten Tochter an den Rhein zu ziehen."

„Sehr vernünftig. Dann wird in Tiefenbrunn also Platz für zwei neue Aerzte werden. Daß auch Germering die liebenswürdige Einwohnerschaft gründlich satt hat, kann man ihm kaum verübeln. Wenn schon ich fürchte, daß er es anderswo nicht besser findet."

„War es nicht ein wundersam glücklicher Zufall, daß wir hier die Arznei noch aufbewahrt hatten, die der Onkel damals wegen ihres schlechten Geschmacks nicht hatte weiter nehmen wollen?"

Erich schüttelte den Kopf.

(Schluß folgt.)

---

†

Tiefbetrübt teilen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß es Gott, dem Allmächtigen gefallen hat, unser liebes Töchterchen

Marie Luckey

im zarten Kindesalter von 13 Jahren nach kurzem schweren Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen. — Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet Sonnabend 3½ Uhr, vom Radogoszczer Krankenhause aus, auf dem alten katholischen Friedhofe statt.

Die tiefbetrübten Eltern:
Emil Luckey und Helene Luckey geb. Lesz.

Verlag von Alexis Drewing und Alexander Milker. Verantw. Redakteur A. Drewing. Rotations-Schnellpressedruck „Neue Lodzer Zeitung".